

Budget 2007: Kein Grund zum Jubel

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Die Hochrechnung des Jahresergebnisses 2006 des Bundes deutet auf einen Überschuss von CHF 2,2 Mrd. hin, was gegenüber dem Budget 2006 einer Verbesserung von CHF 2,7 Mrd. entspricht. In diesen Zahlen sind ausserordentliche Einnahmen von CHF 2,1 Mrd. aus dem Aktienverkauf an die Swisscom noch nicht enthalten. Letztere sind glücklicherweise für den Schuldenabbau vorbestimmt. Der Löwenanteil der Verbesserung, nämlich rund CHF 2,4 Mrd., ist dabei auf Mehreinnahmen, insbesondere auf eine massive Zunahme der Verrechnungssteuererträge zurückzuführen. Auf der Ausgabenseite resultiert hingegen nun eine Reduktion um CHF 0,3 Mrd. Dass anstelle eines Defizits von CHF 0,6 Mrd. nun ein Überschuss resultiert, ist somit weitgehend der guten Konjunktur zu verdanken und nicht den Sparanstrengungen des Parlaments und der Verwaltung. Das reale BIP wird 2006 voraussichtlich rund 3% wachsen, während dem Budget nur eine Zunahme von 1,9% zugrunde lag. Der günstige Zwischenbericht über den Verlauf der Staatsfinanzen war denn auch zu Beginn der Budgetierung in der Finanzkommission des Nationalrates bekannt und entsprechend fielen die Reaktionen aus.

Kaum sprudeln die Einnahmen wieder, orten selbst bürgerliche Politiker dringenden Nachholbedarf auf allen Gebieten, angefangen bei der Filmförderung über das Bildungswesen bis zu Spenden ins Ausland (Kohäsionsmilliarde, Hilfe an Russland für Chemiewaffenabbau etc.) und selbstverständlich stehen nun auch endlich wieder Mittel für den Ausbau unserer Sozialwerke zur Verfügung. Die Jagdsaison für die Subventionsjäger ist somit eröffnet.

Das Budget 2007 sieht zwar einen Überschuss von CHF 935 Mio. vor, was aber in einem Jahr mit einer derart günstigen Ausgangslage das Minimum darstellt. Die Unternehmen werden dank ihren starken Gewinnsteigerungen im nächsten Jahr wesentlich mehr Steuern abliefern müssen und auch die Finanzerträge der Investoren werden reichliche zusätzliche Steuererträge generieren. Gegenüber der Rechnung 2005 liegen die ordentlichen Ausgaben mit CHF 55 Mrd. um CHF 3,7 Mrd. bzw. 7,2% höher, die Einnahmen sollen gegenüber 2005 sogar um CHF 4,7 Mrd. bzw. 9,2% ansteigen. Mit dieser Budgetiererei steigt die Staatsquote weiter, denn sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen steigen erneut stärker als die Teuerung. Deshalb dürfte zumindest ein Teil der SVP-Fraktionsmitglieder das Budget 2007 ablehnen.

Nichts fördert den finanziellen Schlendrian mehr als ein finanzieller Überschuss in der Staatsrechnung. Deshalb ist angesichts der verbesserten Ausgangslage doppelte Vorsicht bei neuen Ausgaben angebracht. Der Finanzplan 2008-2010 zeigt denn auch, dass bezüglich der Staatsfinanzen überhaupt noch kein Grund zum Jubel besteht. Bereits im Jahre 2008 drohen wieder umfangreiche ausserordentliche Ausgaben in Höhe von über CHF 4 Mrd. (u.a. CHF 900 Mio. Einmaleinlage an die Pensionskasse des Bundes Publica, obwohl diese bis Ende 2006 einen Deckungsgrad von gegen 110% erreichen wird). Zudem ist bekannt, dass sich am Rande der Staatsrechnung weitere Milliardenlöcher öffnen, für die der Staat eines

Tages geradestehen wird, selbst wenn keine entsprechenden gesetzlichen Grundlagen dafür bestehen. Gemeint sind diverse Pensionskassensanierungen, angefangen bei der SBB und anderer konzessionierter Transportbetriebe. Die Kostenüberschreitungen der NEAT und die immer noch nicht geklärte Linienführung nach dem Monte Generi, die dementsprechend auch noch nicht in der Finanzierung berücksichtigt ist, und die Sanierung der IV sind dabei die wichtigsten Ausgabenposten, die es in den nächsten Jahren zu bewältigen gilt. Auch der Finanzminister warnt vor der bevorstehenden Ausgabenexplosion, die bis 2010 zu einer Neuverschuldung in Milliardenhöhe führen wird. Wir sind somit noch weit davon entfernt, substantiell Schulden abzubauen. Dies bleibt jedoch ein vordringliches Ziel der SVP, denn mit jeder Milliarde Schuldenabbau, reduziert sich im Folgejahr der Zinsaufwand um CHF 20-40 Mio., je nach Zinsniveau. Wenn die Kohäsionsmilliarde nicht bezahlt werden muss, reduziert sich logischerweise auch der Zinsaufwand für diese neuen Schulden.

Noch pessimistischer präsentieren sich die längerfristigen Aussichten für den Staatshaushalt, gemeint ist die Zeit nach dem Finanzplan (2008-2010). Etwa ab 2012 wird die werktätige Bevölkerung spürbar schrumpfen, während die Anzahl der Rentner weiter ansteigen wird. Dann werden möglicherweise auch die Steuereinnahmen nachhaltig sinken, während die Verpflichtungen des Staates in der Alters- und Gesundheitspflege weiter zunehmen werden. Auch der Finanzminister ist sich offensichtlich dieser Problematik bewusst, und deshalb hat er unlängst eine Studie in Auftrag gegeben, die eine Darstellung der langfristigen Entwicklung der Staatsfinanzen zum Ziele hat. Es sind kaum andere Ergebnisse zu erwarten, als ähnliche Prognosen im Ausland gezeigt haben. Wenn wir aufgrund von ein, zwei positiven Rechnungsabschlüssen unseren Staatshaushalt weiter aufblähen, werden wir schon im nächsten Jahrzehnt schwer dafür büßen müssen.